

ORIENTIERUNGEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND GESELLSCHAFTSPOLITIK

134

Dezember 2012



- **Europäische Bankenaufsicht**
Ordnungspolitische Positionen
- **Armut und Reichtum**
in Deutschland
- **Kuba**
Abkehr vom „tropischen“ Sozialismus?
- **Wirtschaftsnobelpreis**
Der Ökonom als Ingenieur
- **Postwachstumsökonomie**
Ein Zukunftsmodell?

Inhalt

Ordnungspolitische Positionen

Europäische Bankenaufsicht

<i>Thomas Hartmann-Wendels</i>	Notwendigkeit einer europäischen Bankenaufsicht	2
<i>Michael Kemmer</i>	Auf dem Weg zu einer europäischen Bankenaufsicht	6
<i>Bert Van Roosebeke</i>	Bankenaufsicht bei der EZB: Doppelte Quadratur des Kreises	10

Europa und Deutschland

<i>Richard Reichel</i>	Neue Geldordnung statt europäischer Bankenunion: Ein Beitrag zu mehr Finanzstabilität	17
<i>Hans-Joachim Haß</i>	Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit für die Eurozone	24
<i>Peter Westerheide</i>	Jahresgutachten des Sachverständigenrates: „Stabile Architektur für Europa – Handlungsbedarf im Inland“	30
<i>Philip Plückert</i>	Armut und Reichtum in Deutschland: Das Elend des Sozialstaats	38

Internationale Wirtschaftspolitik

<i>Andreas Freytag</i>	Ist die multilaterale Handelsordnung überholt?	42
<i>Uwe Optenhögel</i>	Kuba auf der Suche nach einem eigenen Reformweg	48

Ökonomische Theorie und Praxis

<i>Axel Ockenfels/ Achim Wambach</i>	Menschen und Märkte: Die Ökonomik als Ingenieurwissenschaft	55
<i>Niko Paech</i>	Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie	61

Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie

Prof. Dr. Niko Paech

Lehrstuhl für Produktion und Umwelt (PUM) an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Das Wachstumsdogma bildet den letzten Konsens einer ansonsten hochgradig ausdifferenzierten Gesellschaft. Ganz gleich, wie unterschiedlich die politischen Auffassungen, Lebensstile oder kulturellen Prägungen auch sein mögen, in einem Punkt herrscht Einigkeit: im Drang zur Steigerung, zum Vorwärts, zum Mehr. Zugleich verschlechtern sich die ökologischen Bedingungen mit rapider Geschwindigkeit.

Im Energiebereich nimmt der Spagat zwischen den euphorisch angekündigten Technikoptionen des Klimaschutzes und der desaströsen Zunahme von Treibhausgas-Emissionen fast kuriose Züge an. Die donnernde Durchhalteparole lautet: Technische Innovationen verhelfen früher oder später dazu, ein weiter expandierendes Bruttoinlandsprodukt (BIP) von ökologischen Beeinträchtigungen zu entkoppeln. Dabei reicht die Phantasie von „Null-Emissions“-Systemen, etwa mittels erneuerbarer Energien, bis zu Steigerungen der Ressourceneffizienz um den Faktor vier, fünf oder gar zehn.

Kein grünes Wachstum in Sicht

Wer „grünes“, also umweltverträgliches Wachstum (Green Growth) propagiert, muss an mindestens zwei Wunder glauben: an die technische Entkopplung des Wirtschaftswachstums von Umweltschäden und von zunehmend knappen Ressourcen. Diese ökologische Modernisierung, an der seit 40 Jahren herumgedoktert wird, erweist sich als attraktiv, verspricht sie doch, dass niemand seine Ansprüche reduzieren muss. Vielmehr soll die technologische Entwicklung – unterstützt von Wissenschaft und Politik – dafür sorgen, dass zeitgenössische Konsum- und Mobilitätsmuster reinen Gewinns fortgeführt werden können.

Insoweit die Last der materiellen Reduktion an eine technologische Entwicklung delegiert wird, droht ein moralisches Dilemma: Das Schicksal des Planeten wird einem technologischen Fortschritt anheimgestellt, der noch gar nicht eingetreten ist und von dem sich nicht beweisen lässt, dass er jemals eintreten wird. Ungewiss ist insbesondere, welche späteren Nebenfolgen dieser Fortschritt zeitigt und ob er sich im Nachhinein nicht als reine Problemverlagerung entpuppt. Dass Letzteres beinahe zwangsläufig eintreten muss, liegt auf der Hand. Unter dem Vorbehalt, niemandem Reduk-

tionsleistungen zumuten zu wollen, können Nachhaltigkeitsinnovationen gar nichts anderes sein als additive Reparaturmaßnahmen, die ihrerseits nie zum ökologischen Nulltarif zu haben sind.

Eine Steigerung des BIP setzt zusätzliche Leistungsübertragungen voraus, die einen Geldfluss zwischen mindestens einem Anbieter und einem Empfänger induzieren. Deshalb weist der Wertschöpfungszuwachs eine Entstehungs- und eine Verwendungsseite auf. Beide Seiten wären ökologisch zu neutralisieren, um wenigstens weitere Umweltschäden zu vermeiden. Selbst wenn es je gelänge, eine geldwerte und damit BIP-relevante Leistungsübertragung vollständig zu entmaterialisieren (Entstehungsseite), wäre das Entkopplungsproblem keineswegs gelöst, weil sich mit dem zusätzlichen Einkommen beliebige Güter finanzieren lassen, deren materielle Wirkung zu berücksichtigen ist (Verwendungsseite).

Entstehungsseite des Wachstums: Materielle „Rebound-Effekte“

Wie müssten Güter beschaffen sein, die als geldwerte Leistungen von mindestens einem Anbieter zu einem Nachfrager übertragen werden, ohne dass deren physischer Transfer, Herstellung, Nutzung und Entsorgung Flächen-, Materie- und Energieverbräuche verursacht? Sämtliche bisher präsentierten Green-Growth-Lösungen erfüllen diese Voraussetzung jedenfalls nicht, ganz gleich ob es sich dabei beispielsweise um Passivhäuser, Elektromobile, Ökotextilien, Photovoltaik-Anlagen, Bio-Textilien, Offshore-Windkraftanlagen, Blockheizkraftwerke, solarthermische Heizungen oder Car-sharing handelt. Nichts von alledem kommt ohne physischen Aufwand aus. Zeitweilig galt die Digitalisierung als Fluchtweg aus der Materialität arbeitsteiliger Leistungsausformung und -übertragung. Aber nie da gewesene Elektroschrottlawinen, hor-

rende Ressourcenverbräuche für die Endgeräteherstellung, ganz zu schweigen von den Energieverbräuchen des Betriebs und der nötigen Infrastrukturen haben auch diesen grünen Hoffnungsträger zerschellen lassen. Hinzu kommen sekundäre und tertiäre Effekte, denn digitale Kommunikation senkt Transaktionskosten. Dies beschleunigt und vergrößert den Leistungsaustausch sämtlicher Märkte und lässt neue entstehen.

Nun ließe sich einwenden, dass die grünen Effizienz- oder Konsistenzlösungen den weniger nachhaltigen Output-Strom allmählich ersetzen könnten, statt einfach „grüneren“ Output zu addieren. Aber eine Ökologisierung von Flussgrößen führt nicht per se zu einer ökologischen Entlastung, wenn sie mit einer Ausdehnung materieller Bestandsgrößen erkaufte wird. Neue Technologien und Produkte fallen weder vom Himmel, noch entstehen sie durch bloße Umrüstungen vorhandener Produktionsstätten. Erforderlich sind neue Anlagen, Produktionsstandorte und Infrastrukturen. Um zu erwirken, dass sowohl bezogen auf Fluss- als auch auf Bestandsgrößen eine Substitution statt purer Addition stattfindet, müssten die alten Kapazitäten beseitigt werden. Aber wie kann die Materie ganzer Industrien und Infrastrukturen ökologisch neutral verschwinden?

Selbst wenn Letzteres gelänge, ergäbe sich ein zweites Dilemma: Wie kann das BIP dauerhaft wachsen, wenn jedem grünen Wertschöpfungsgewinn ein Verlust infolge des Rückbaus alter Produktionssysteme entgegensteht? Wer glaubt, erneuerbare Energieträger könnten langfristig die BIP-Beiträge der atomaren und fossilen Industrien ersetzen, übersieht Folgendes: Die derzeit bestaunten Wertschöpfungsbeiträge grüner Technologien entsprechen einem Strohfeuer effekt, der allein dem vorübergehenden (und im Übrigen additiven) Kapazitätsaufbau geschuldet ist. Danach reduziert sich die ökonomische Wirkung auf einen Energiefluss, der vergleichsweise wenig Aufwand an wertschöpfungssträchtigen Inputs verursacht und nicht beliebig gesteigert werden kann – es sei denn, die Anlagenproduktion und -projektion wird ohne Begrenzung fortgesetzt. Aber dann droht wieder der alte Wachstumskonflikt. Die bereits jetzt kaum mehr zu akzeptierenden Landschaftszerstörungen nähmen entsprechend zu, weil die materiellen Bestandsgrößen expandieren müssten, um Wachstum zu ermöglichen.

Daran zeigt sich außerdem, dass die Erneuerbaren – das Flaggschiff aller grünen Wachstumsträume – ohnehin kein ökologisches Problem lösen, son-

dern nur in eine andere physische, räumliche, zeitliche oder systemische Dimension transformieren. Derartige Problemverlagerungen sind das Wesensprinzip aller Konzepte des Green Growth. Deshalb sind bisherige Versuche, vermeintliche Entkopplungserfolge empirisch nachzuweisen, nur insoweit brauchbar, wie es gelingt, alle räumlichen und sonstigen Verlagerungseffekte zu berücksichtigen. Aber wie sollen CO₂-Einsparungen und Landschaftszerstörungen saldiert werden? Wie kann der bei isolierter Betrachtung nicht zu leugnende Effizienzvorteil von Energiesparlampen gegen den verheerenden Konsistenznachteil (Entsorgung, Gesundheitsgefährdung) abgewogen werden? Ebenso müsste der blaue Himmel über der Ruhr mit dem Smog an chinesischen Produktionsstätten verrechnet werden, die den schmutzigen Teil der Herstellung europäischer Wohlstandsobjekte übernommen haben.

Verwendungsseite des Wachstums: Finanzielle „Rebound-Effekte“

Angenommen, ein von der Entstehungsseite her ökologisch unschädliches BIP-Wachstum – so unrealistisch diese Prämisse ist – wäre umsetzbar: Wie könnte dann sichergestellt werden, dass auch die damit unvermeidlich korrespondierenden Einkommenszuwächse ökologisch neutral sind? Undenkbar ist, dass der Warenkorb jener Konsumenten, die das zusätzliche in den grünen Branchen erwirtschaftete Einkommen beziehen, frei von Gütern ist, in deren globalisierte Produktion fossile Energie und andere Rohstoffe einfließen. Würden die Nutznießer des grün erwirtschafteten Einkommens etwa nicht in Eigenheimen leben, mit dem Flugzeug reisen und Auto fahren? Folglich könnte der Einkommenseffekt jener Investitionen, die zwecks vermeintlich grünen Wachstums unabdingbar sind, sogar indirekt die Nachfrage nach fossiler Energie und anderen Ressourcen steigern.

Zu berücksichtigen ist ein zweiter finanzieller Rebound-Effekt. Er resultiert daraus, dass die für das grüne Wachstum nötigen Investitionen die Kapazitäten ausdehnen. Wenn etwa – um beim Beispiel der Energiewende zu bleiben – der Elektrizitätsoutput insgesamt steigt, weil nicht im Umfang des Ausbaus der Erneuerbaren die Kapazität an fossiler Produktion verringert wird, sinkt insgesamt der Strompreis, was wiederum die Nachfrage erhöht, sowohl direkt nach Energie als auch nach Energieverbrauchenden Geräten. Verschärfend kommt abermals hinzu, dass von der Nachfragesteigerung sogar fossile Sektoren profitieren können. Über-

dies ist nicht auszuschließen, dass sich eine Angebotsaufblähung im Bereich der Elektrizität selbst dann, wenn es zu keiner Preissenkung führt, eine entsprechende Nachfrage verschafft. Arbeitsteilige Gesellschaften passen sich strukturell an ein höheres Energieangebot an, vor allem durch technische Aufrüstung aller Lebensbereiche. Daraus ergeben sich kulturell irreversible Strukturen, die eine spätere Rückkehr zu einem geringeren Verbrauchsniveau kaum zulassen. Dasselbe gilt für den Wohnbereich. Wenn durch Passivhäuser die Wohnfläche insgesamt steigt, mindert dies tendenziell deren Preis. Also kann mehr Wohnraum finanziert werden. Auch hier kann sich der ohnehin konterkarierende Effekt verschlimmern, wenn ein Teil der insgesamt gestiegenen Nachfrage auf konventionelle Gebäude entfällt.

Ein dritter finanzieller Rebound-Effekt kann eintreten, wenn Effizienzerhöhungen die Betriebskosten bestimmter Objekte (zum Beispiel Häuser, Autos, Beleuchtung) reduzieren. Die monetären Einsparungen sind dann für zusätzliche Mobilität und Konsumausgaben verfügbar. Theoretisch ließen sich finanzielle Rebound-Effekte vermeiden, wenn jeder durch grüne Investitionen induzierte Einkommenszuwachs abgeschöpft würde. Aber abgesehen davon, dass dies unter marktwirtschaftlichen Bedingungen undurchführbar sein dürfte, ergäbe sich ein unlösbarer Widerspruch. Was könnte absurder sein, als Wachstum zu erzeugen, um es im selben Moment zu neutralisieren? Schließlich hat Wirtschaftswachstum keinen anderen Sinn als die Schaffung zusätzlichen Einkommens, ganz gleich auf welche Weise und für wen.

Die Behauptung, durch Investitionen in grüne Technologien könne Wirtschaftswachstum mit einer absoluten Senkung von Umweltbelastungen einhergehen, ist also nicht nur falsch, sondern kehrt sich ins genaue Gegenteil: Allein unter der Voraussetzung eines nicht wachsenden BIP besteht überhaupt nur eine Chance, durch grüne Technologien die Ökosphäre zu entlasten. Und dies ist nicht einmal eine hinreichende Bedingung, weil die materiellen Rebound-Effekte – insbesondere die unzähligen Verlagerungsmöglichkeiten – auf der Entstehungsseite ebenfalls einzukalkulieren sind.

Ökonomische, psychologische und soziale Wachstumsgrenzen

■ **Peak Everything:** Traditionelle Ökonomen führen gesellschaftlichen Reichtum auf die Effizienz

eigenschaften marktwirtschaftlicher Systeme (*Adam Smith*), menschliche Arbeitskraft (*Karl Marx*) oder die Innovationskraft eines kreativen Unternehmertums (*Joseph A. Schumpeter*) zurück. Aber damit wird nur das Getriebe der Wohlstandsmaschine, nicht dagegen deren Treibstoff beschrieben. Konsumgesellschaften basierten nie auf etwas anderem als einer kostengünstigen und unbegrenzt erscheinenden Verfügbarkeit fossiler Energieträger.

Die Ausgabenseite dieser Daseinsform explodiert nun infolge des Kaufkraftzuwachses einer globalen Mittelschicht, inzwischen erweitert um mehr als 1,2 Milliarden sogenannte „neue Konsumenten“ (*Norman Myers/Jennifer Kent*) in aufsteigenden Schwellenländern wie China und Indien. Selbst die diesbezüglich konservative International Energy Agency (IEA) geht neuerdings von einem Anstieg des Preises für einen Barrel Rohöl von derzeit rund 100 Dollar auf 200 Dollar bis 2030 aus. Auch die Einnahmenseite des nördlichen Wohlstandsmodells bröckelt. Sie stützte sich bislang auf Innovationsvorsprünge im internationalen Wettbewerb. Durch Investitionen in das Bildungssystem, den Aufbau moderner Infrastrukturen und nicht zuletzt die globale Mobilität ihrer neuen Mittelschichten gelangen die Schwellenländer zusehends in die Lage, jene Märkte zu erobern, auf denen etablierte Industrieländer über entsprechende Exporterlöse ihren Konsum finanzieren.

■ **Peak Happiness:** Der wichtigste Befund der Glücksforschung besagt, dass eine Steigerung des über Geld vermittelten materiellen Reichtums ab einem bestimmten Niveau das subjektive Wohlbefinden nicht weiter erhöht. Viele Konsumaktivitäten sind symbolischer Art, zielen auf soziales Prestige oder die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe oder „Szene“. Innovationen schaffen neue Angebote der materiellen Selbstinszenierung, die von Pionieren aufgegriffen werden. Wer nicht mitzieht, verliert den Anschluss. Folglich ist ein immer höherer Konsumaufwand nötig, um die soziale Integration zu verteidigen. Insoweit die Auswahl an Konsumoptionen geradezu explodiert, der Tag aber nach wie vor nur 24 Stunden hat, wird die minimal erforderliche Zeit zum Ausschöpfen konsumtiver Optionen zum Engpassfaktor. Das Viel-Haben tritt in Widerspruch zum Gut-Leben.¹

■ **Peak Justice:** Armutsbekämpfung mittels ökonomischen Wachstums ist eng mit den behaupteten Vorteilen der internationalen Arbeitsteilung

¹ Vgl. Wolfgang Sachs, *Nach uns die Zukunft*, Frankfurt 2012.

verwoben. Allerdings schließt einer der wichtigsten Befunde der realen Außenwirtschaftstheorie, wonach Freihandel der Autarkielösung überlegen sei, gemäß dem Stolper/Samuelson-Theorem explizit ein, dass der damit notwendigerweise einhergehende Strukturwandel Verluste für bestimmte Branchen impliziert. Solange diese durch Zuwächse der prosperierenden Branchen übertroffen werden, können die Gewinner die Verlierer kompensieren und dennoch einen Einkommenszuwachs erzielen. Aber wer stellt sicher, dass dieser Transfer stattfindet und die Handelsgewinne nicht vollständig der Besserstellung einer Elite vorbehalten bleiben, womit sich die Situation der ärmsten Bevölkerungsteile im Vergleich zur Autarkielösung sogar verschlechtern kann? Ausgerechnet *Paul A. Samuelson* holte zu einem Doppelschlag gegen die von ihm mit begründete „reine“ Lehre aus, indem er erstens darlegte, dass unter den Bedingungen der Globalisierung schon die Erzielung von Nettogewinnen durch Freihandel scheitern kann, und er zweitens bezweifelt, dass dort, wo dies immerhin noch eintritt, eine Kompensation der unvermeidlichen Verlierer des Freihandels stattfindet.

Hinzu kommt ein struktureller Effekt: Die verlockende Chance auf Zuwächse an materiellem Reichtum, den ein konsumtiver und zugleich auf spezialisierter Erwerbsarbeit beruhender Lebensstil verheißt, wird mit einer beträchtlichen sozialen Fallhöhe erkaufte. *Amartya Sen* hat anhand des Verlaufs vergangener Hungersnöte beschrieben, dass Individuen, die ihre Fähigkeit zur Selbstversorgung zugunsten einer monetär entgoltenen Erwerbsarbeit aufgeben, selbst dann in bedrohliche Not geraten können, wenn in der betreffenden Region genug Güter vorhanden sind, um alle Bewohner zu versorgen. Geldbasierte Fremdversorgung bedingt, dass der Anspruch auf Güter allein von der Kaufkraft des monetären Einkommens abhängt. Sowohl Preiserhöhungen als auch Einkommensenkungen können die Kaufkraft unter eine Grenze senken, die *Sen* als „starvation set“ bezeichnet: Das Maximum an Gütern, welches sich ein Konsument auf Basis seines Geldeinkommens und des aktuellen Preisniveaus leisten kann, reicht nicht zur Existenzsicherung. Derartige Szenarien erweisen sich eingedenk der Verwendungskonkurrenz zwischen Bio-Energie und Nahrungsmitteln – und den möglicherweise damit einhergehenden Preissteigerungen – als äußerst wahrscheinlich. Demgegenüber gewährleisteten partiell auf Eigenarbeit und lokalen Austauschbeziehungen beruhende Versorgungsmuster einen bescheideneren Güterwohlstand. Dafür sind sie aber von

globalisierten Wertschöpfungsketten unabhängig; sie tragen somit zur ökonomischen und sozialen Souveränität bei.

Wachstumswänge

Strukturelle Wachstumsabhängigkeit resultiert aus einer perfekten Verzahnung von industrieller Arbeitsteilung auf der Angebotsseite und vollständiger Fremdversorgung aufseiten der Haushalte. Indem Letztere jede Autonomie und Fähigkeit zur Selbstversorgung zugunsten eines spezialisierten Arbeitsplatzes aufgeben, der ein monetäres Einkommen mit höherer Kaufkraft verspricht, begeben sie sich in multiple Abhängigkeiten. Wenn Bedürfnisse, die vormals durch handwerkliche Tätigkeiten, Eigenarbeit, lokale Versorgung und soziale Netzwerke befriedigt wurden oder denen schlicht mit Entsagung begegnet wurde, Zug um Zug durch Produkte, Dienstleistungen und Komfort generierende Automatisierung/Mechanisierung abgedeckt werden, ist die Existenzsicherung einer geldspeienden Wachstumsmaschine ausgeliefert. Das vollständig fremd versorgte Individuum benötigt den Zugriff auf nie versiegende Geldquellen, die durch Erwerbsarbeit im Industrie- und Dienstleistungssektor, Unternehmensgewinne oder staatliche Transferleistungen gespeist werden.

Der solchermaßen geprägte „Homo consumens“ müsste aussterben, wenn alle Supermärkte der Welt vier Wochen lang geschlossen wären, weil ihm jegliche Fähigkeit, auf Basis eigener Leistungen oder lokaler Ressourcen zum Erhalt menschlicher Daseinsgrundfunktionen beizutragen, abhanden gekommen ist. Die Geldabhängigkeit wächst mit kulturell induzierten Ansprüchen an materielle Selbstverwirklichung und damit einer stetigen Anhebung des monetären Versorgungsminimums, also dessen, was als Armut- oder Zumutbarkeitsgrenze deklariert wird. Wenn jedes Strukturieren von Zeit den Abruf irgendwelcher Fremdversorgungsleistungen voraussetzt, geht das Soziale komplett im Ökonomischen auf. Folglich kann sich auch sozialer Fortschritt nur als ökonomische Expansion artikulieren, ganz gleich, ob die extern zu beziehenden Leistungen vom Markt oder vom Staat abgerufen werden. Landläufiger Kapitalismuskritik entzieht sich dieses Phänomen, denn das moderne, vollends materialisierte Freiheits- und Wohlstandsideal findet sich nicht minder in marxistisch grundierten Zukunftsentwürfen wieder.

Fremdversorgungssysteme beruhen darauf, die Distanz zwischen Verbrauch und Produktion zu

vergrößern. Dies ist nötig, um die quantitativen sowie qualitativen Steigerungspotenziale einer arbeitsteiligen Wertschöpfung zu entfesseln und in Zuwächse der Güterversorgung zu transformieren. Wenn Produktion, die vormals an einen Standort gebunden war, in viele isolierte Fertigungsstufen zerlegt wird, können diese flexibel und ortsungebunden je nach Kosten- oder Qualitätsvorteilen verschoben werden. Diese Zerlegung erlaubt das Abschöpfen von Spezialisierungsgewinnen, die zu sinkenden Stückkosten führen. Aber jede Spezialisierungsstufe muss vor der Produktionsphase die benötigten Inputfaktoren finanzieren, also investieren. Das dazu benötigte Fremdkapital kostet Zinsen; investiertes Eigenkapital verlangt nach einer hinreichenden Rendite. Folglich muss in jeder Periode ein entsprechender Überschuss erwirtschaftet werden. Das zur Stabilisierung des Gesamtprozesses erforderliche Wachstum steigt also mit zunehmender Spezialisierung, das heißt mit der Anzahl eigenständiger Betriebe und dem jeweils notwendigen Überschuss, um das Risiko des Investors mindestens zu kompensieren. Dieses Risiko steigt obendrein mit zunehmender Komplexität, also Anzahl, Distanz und Anonymität der Produktionsstätten.

Um strukturelle Wachstumszwänge zu dämpfen, könnte auf weniger kapitalbedürftige Versorgungssysteme zurückgegriffen werden. Ein geringerer Spezialisierungsgrad reduziert den Kapitalbedarf insoweit, als die Leistungserstellung tendenziell arbeitsintensiver würde. Je weniger Kapital benötigt wird, desto geringer ist ceteris paribus der zu erzielende Überschuss an Zinsen und Gewinnen. Allerdings würde damit eine geringere Arbeitsproduktivität einhergehen, was wiederum die Ausbeute an Spezialisierungsvorteilen – wohl gemerkt ohne Berücksichtigung externer Effekte – senkt. Andererseits können verkürzte Wertschöpfungsketten, wie etwa bei Lokal- oder Regionalökonomien, eine weitere wachstumsdämpfende Wirkung entfalten. Kürzere Distanzen zwischen Produktion und Verbrauch schaffen Nähe und damit jenes Vertrauen, welches eine weniger zins- und renditeträchtige Kapitalbeschaffung ermöglicht. Transparenz durch eine unmittelbare Beziehung zwischen Kapitalgeber und Kapitalnehmer senkt das andernfalls durch hohe Zinsen oder Renditen abzudeckende Anlagerisiko. Kleinräumige Ökonomien ermöglichen es Anlegern zudem, stärkeren Einfluss auf die Verwendung ihres Kapitals zu nehmen. Wer sein Geld einem selbst gewählten Zweck – beispielsweise mit ökologischer oder sozialer Orientierung – zuführen kann, wird tendenziell eine geringere Verwertung fordern.

Dies entspräche keinem Verzicht, sondern dem Gegenwert für eine höhere ethische Qualität der Anlage.

Regionale Komplementärwährungen wie etwa der „Chiemgauer“ können eine solche Entflechtung unterstützen, weil sie lediglich innerhalb eines begrenzten Radius gültig sind. Zusätzlich mindern sie den Wachstumszwang, wenn sie mit einer zinslosen Umlaufsicherung versehen sind. Die kürzeste Wertschöpfungskette entspräche der Subsistenz, also Selbstversorgung. Wer gemeinsam mit anderen einen Gemeinschaftsgarten betreibt, trägt zu einem Versorgungsmuster bei, das kein Geld, keine Investition, keinen Gewinn, keinen Zins und folglich keinen Wachstumszwang kennt.

Elemente einer Postwachstumsökonomie

Eine Postwachstumsökonomie² beruht auf verschiedenen sich ergänzenden Strategien, die darauf abzielen, industriell-arbeitsteilige Versorgungssysteme schrittweise zurückzubauen.

Die erste Strategie lautet Suffizienz: Viele Konsumaktivitäten können, statt in Objekte der Selbst- oder Regionalversorgung transformiert zu werden, ersatzlos wegfallen. Das Suffizienzprinzip verinnerlicht die Antithese zur Steigerungslogik konsumtiver Selbstverwirklichungsansprüche: Von welchen Energiesklaven und Komfortkrücken ließen sich überbordende Lebensstile und schließlich die Gesellschaft als Ganzes befreien? Die Logik der Suffizienz beruht nicht auf Verzicht, sondern darauf, Wohlstandsartefakte auszumustern, die zur individuellen Überforderung in Form von „Konsumverstopfung“ führen, weil sie Zeit, Geld, Raum sowie ökologische Ressourcen beanspruchen.

Eine neue zeitökonomische Theorie der Suffizienz³ liefert dafür längst Beweggründe jenseits moralischer Imperative: In einer Welt der Reiz- und Optionenüberflutung, die nicht mehr zu bewältigen ist, werden Reduktion, Überschaubarkeit und Entschleunigung zum Selbstschutz. Das zunehmend „erschöpfte Selbst“ (Alain Ehrenberg) verkörpert die Schattenseite einer Jagd nach Glück und Selbstinszenierung, die in Stress umschlägt. Was hier wächst, ist der Markt für Antidepressiva.

² Vgl. Niko Paech, *Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*, München 2012.

³ Vgl. Niko Paech, *Nach dem Wachstumsrausch: Eine zeitökonomische Theorie der Suffizienz*, in: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 47/166–167, 2010, Seiten 33–40.

Auch wenn Suffizienz eher das Resultat eines kulturellen Wandels darstellen dürfte, sind unterstützende Rahmenbedingungen denkbar, die von Maßnahmen der Nachhaltigkeitskommunikation und -bildung bis zur Regulierung von kommerzieller Werbung reichen können.

Die zweite Strategie ist Subsistenz: Vollständig von monetär basierter Fremdversorgung abhängig zu sein, untergräbt die ökonomische Souveränität (Resilienz). Sozial stabil sind vor allem Versorgungsstrukturen mit geringerer Distanz zwischen Verbrauch und Produktion. Dazu zählt die Reaktivierung von Kompetenzen, Bedürfnisse jenseits kommerzieller Märkte kraft eigener Fertigkeiten, also selbsttätig, insbesondere durch handwerkliche Tätigkeiten zu befriedigen. Durch eine Kombination von Selbst- und Fremdversorgung ließe sich die Geld- und Wachstumsabhängigkeit senken. Zwischen den Extremen reiner Subsistenz und globaler Verflechtung existiert ein reichhaltiges Kontinuum unterschiedlicher Fremdversorgungsgrade. Dies eröffnet Potenziale, von außen bezogene Leistungen durch eigene Produktion punktuell oder graduell zu ersetzen. Moderne Subsistenz entfaltet ihre Wirkung im unmittelbaren sozialen Umfeld, also auf kommunaler oder regionaler Ebene. Die für derartige Aktivitäten benötigte Zeit könnte sich aus einem teilweisen Rückbau des industriellen Systems speisen. Eine Halbierung der Erwerbsarbeit würde Zeitressourcen freisetzen, sodass ein bescheidenes monetäres Einkommen durch drei Typen von Subsistenzleistungen ergänzt werden könnte:

- Nutzungsintensivierung durch Gemeinschaftsnutzung: Wer die Nutzung von Gebrauchsgegenständen mit anderen Personen teilt, trägt dazu bei, industrielle Herstellung durch soziale Beziehungen zu ersetzen. Doppelte Nutzung bedeutet halbierten Bedarf.

- Verlängerung der Nutzungsdauer: Wer durch handwerkliche Fähigkeiten oder Improvisationsgeschick die Nutzungsdauer von Konsumobjekten erhöht – zuweilen reicht schon die achtsame Behandlung, um frühen Verschleiß zu vermeiden –, ersetzt materielle Produktion durch eigene produktive Leistungen, ohne auf Konsumfunktionen zu verzichten. Wo es gelingt, die Nutzungsdauer beispielsweise durch Instandhaltung, Reparatur oder Umbau durchschnittlich zu verdoppeln, könnte die Produktion neuer Objekte entsprechend halbiert werden.

- Eigenproduktion: Im Nahrungsmittelbereich erweisen sich Hausgärten, Dachgärten, Gemein-

schaftsgärten und andere Formen der urbanen Landwirtschaft als dynamischer Trend, der zur Deindustrialisierung dieses Bereichs beitragen kann. Künstlerische und handwerkliche Betätigungen reichen von der kreativen Wiederverwertung ausrangierter Gegenstände über selbst gefertigte Holz- oder Metallobjekte bis hin zur semi-professionellen Marke „Eigenbau“.

Derartige Subsistenzleistungen bewirken, dass eine Halbierung der Industrieproduktion nicht den materiellen Wohlstand halbiert: Wenn Konsumobjekte länger oder gemeinschaftlich genutzt werden, reicht ein Bruchteil der momentanen industriellen Produktion, um dieselbe Versorgung mit Konsumfunktionen zu gewährleisten. Moderne Subsistenz hat eine Inputdimension; diese speist sich aus drei marktfreien Ressourcen, durch die ein markant reduzierter Industrieoutput aufgewertet wird: erstens handwerkliche, künstlerische und substanzielle Kompetenzen sowie Improvisationsgeschick; zweitens eigene Zeitressourcen; drittens soziales Kapital, um vielfältige Subsistenzleistungen tauschen zu können. Solchermaßen entmonetarisierte Versorgungssysteme steigern die Resilienz und mindern den Wachstumsdruck einer kapitalintensiven industriellen Spezialisierung.

Die dritte Strategie ist Regionalökonomie: Viele Bedürfnisse ließen sich durch regionale Märkte bis hin zu einer „Community Supported Agriculture“ (CSA) befriedigen. In diesem Fall lassen sich Stadtbewohner von einem nahegelegenen Landwirtschaftsbetrieb versorgen. Indem sie dessen Produktion vorfinanzieren, erwerben sie ein entsprechendes Anrecht auf einen Ernteanteil. Damit stellen sie sich auf regionale und saisonale Ernährung um und übernehmen einen Teil des betrieblichen Risikos. Regionalwährungen könnten Kaufkraft an die Region binden und auf diese Weise von globalen Abhängigkeiten befreien. So würden die Effizienzvorteile einer geldbasierten Arbeitsteilung weiterhin genutzt, jedoch innerhalb eines ökologieverträglicheren und krisenresistenteren Rahmens.

Das vierte Element, auf dem die Postwachstumsökonomie beruht, sind „stoffliche Nullsummenspiele“: Infolge der obigen Strategien bräuchte der auf Geldwirtschaft und industrieller Arbeitsteilung basierende Komplex in etwa nur noch halb so groß sein – zumindest wenn die durchschnittliche Erwerbsarbeit auf etwa 20 Stunden reduziert würde. Der verbleibende Rest an industrieller Struktur wäre außerdem so umzugestalten, dass die Neupro-

duktion von Gütern, die viel langlebiger und reparaturfreundlicher sein müssten, eher eine untergeordnete Rolle spielt. Der Fokus läge auf dem Erhalt, der Um- und Aufwertung vorhandener Produktbestände, etwa durch Renovation, Optimierung, Verlängerung der Nutzungsdauer oder Nutzungsintensivierung. Klassische „Produzenten“ würden durch Anbieter abgelöst, die nicht an einer weiteren Expansion der materiellen Sphäre, sondern an deren Aufarbeitung und Optimierung orientiert wären. Durch Maßnahmen des Erhalts, der Wartung und vorbeugenden Verschleißminderung würden sie die Lebensdauer und Funktionsfähigkeit des Hardware-Bestands verlängern. Durch Reparaturdienstleistungen würden defekte Güter seltener ausrangiert; durch Renovationsstrategien des Typs „Umbau statt Neubau“ würde aus vorhandenen Gütern weiterer Nutzen extrahiert, indem diese funktional und ästhetisch an gegenwärtige Bedürfnisse angepasst würden und somit möglichst lange im Kreislauf einer effizienten Verwendung verblieben. Märkte für gebrauchte, aufgearbeitete und überholte Güter würden ebenfalls zur Reduktion der Neuproduktion beitragen.

Postwachstumspolitik

Durch verschiedene Rahmenbedingungen – hier werden nur die wichtigsten genannt – ließe sich die Transformation zur Postwachstumsökonomie unterstützen. Boden-, Geld- und Finanzmarktreformen könnten systemimmanente Wachstumswänge mildern. Dazu zählen unter anderem Regionalwährungen, die mit einer das Zinsniveau gegen Null senkenden Geldumlaufsicherung versehen sind. Veränderte Unternehmensformen wie Genossenschaften, Stiftungen oder Non-Profit-Ansätze des solidarischen Wirtschaftens könnten Gewinnerwartungen dämpfen. Der Subventionsdschungel könnte durchforstet werden, um gleichermaßen ökologische Schäden und öffentliche Verschuldung zu reduzieren. Ein Bodenversiegelungsmoratorium und Rückbauprogramme für Infrastrukturen wären sinnvoll. Insbesondere Industrieanlagen, Autobahnen, Parkplätze und Flughäfen wären zu entsiegeln und zu renaturieren. Ansonsten könnten dort Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien installiert werden, um die katastrophalen Flächen- und Landschaftsverbräuche dieser Technologie zu reduzieren. Rahmenbedingungen, unter denen Arbeitszeitreduktionen leichter zu implementieren sind, sowie Veränderungen des Bildungssystems, um jungen Menschen handwerkliche Kompetenzen und sesshafte Lebensstile zu vermitteln, wären zweckdienlich.

Überdies ergibt sich daraus, dass die technologische Entkopplung wirtschaftlichen Wachstums systematisch scheitert, eine entscheidende Konsequenz: Per se nachhaltige Technologien und Objekte sind schlicht undenkbar. Somit gibt allein die Summe aller Aktivitäten eines Individuums Aufschluss über Nachhaltigkeitswirkungen. Individuelle Öko- oder zumindest CO₂-Bilanzen sind dann die einzig konsistente Zielvariable für eine Postwachstumsökonomie. Gemäß dem Budgetansatz des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen würde die Erreichung des Zwei-Grad-Klimaschutzziels bedeuten, dass jedem Erdbewohner bis 2050 jährlich noch 2,7 Tonnen CO₂ zur Verfügung stünden, zumindest unter Wahrung von Klimagerechtigkeit. Die durchschnittliche CO₂-Bilanz eines Bundesbürgers wird derzeit auf elf Tonnen pro Jahr geschätzt. Folglich könnten Unternehmen verpflichtet werden, die entlang des Produktlebenszyklus aufsummierte CO₂-Menge ihrer Güter bekannt zu geben, damit Nachfrager die Chance haben, auf Basis einer 20-Stunden-Erwerbstätigkeit und unter Ausschöpfung von Suffizienz- und Subsistenzpotenzialen diesen ökologischen Rahmen anzupeilen.

Das Leben in einer bescheideneren und zugleich entspannten Ökonomie könnte attraktiver sein als Daseinsformen am Rande des Konsum-Burn-Outs. Das wusste schon *Ludwig Erhard*: „Ich glaube nicht, dass es sich bei der wirtschaftspolitischen Zielsetzung der Gegenwart gleichsam um ewige Gesetze handelt. Wir werden sogar mit Sicherheit dahin gelangen, dass zu Recht die Frage gestellt wird, ob es noch immer richtig und nützlich ist, mehr Güter, mehr materiellen Wohlstand zu erzeugen oder ob es nicht sinnvoller ist, unter Verzichtleistung auf diesen ‚Fortschritt‘ mehr Freizeit, mehr Besinnung, mehr Muße und mehr Erholung zu gewinnen. ... Solange man auf der politischen Ebene nach dem Motto verfährt: ‚Lasst uns weniger arbeiten, auf dass wir mehr konsumieren können!‘, sind wir auf dem falschen Wege. Wenn der angestoßene Entfaltungsprozess aber in dem Sinne verläuft, dass unser Volk neben dem unverzichtbaren Wert auf Sicherung materieller Lebensführung in steigendem Maße eine geistige oder seelische Bereicherung als nützlich und wertvoll erachtet, dann werden wir in fernerer Tagen auch zu einer Korrektur der Wirtschaftspolitik kommen müssen. Niemand dürfte dann so dogmatisch sein, allein in der fortwährenden Expansion, das heißt im Materiellen, noch länger das Heil erblicken zu wollen.“⁴ ■

⁴ Ludwig Erhard, *Wohlstand für alle* (1957), Düsseldorf 1990, Seiten 232–233.